

## ZU DEN EREIGNISSEN IN DER BIOLOGIE

In der Biologie hat sich in den letzten Jahren eine Entwicklung gezeigt, wie wir sie in anderen Studienfächern schon lange beobachten konnten (Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Chemie) nämlich ein akuter Mangel an Arbeitsplätzen und Ausbildungskräften. Diesem Mangel versuchte die Staatsbürokratie jedoch nicht abzuhelfen durch eine langfristige Planung -- das zeigt sich z.B. an dem noch im Bau befindlichen Neubau der Zoologie, dessen Ausmaße schon zur Zeit seiner Planung nicht den bestehenden Anforderungen gerecht wurde.

Gegen diese restriktive Wissenschaftsplanung der Behörde vermochten weder der Einspruch der Professoren noch der Studenten etwas auszurichten.

Bezeichnend für die Politik des Hamburger Senats war schon damals seine Abneigung gegen die Mitsprache der Universitätsangehörigen bei der Planung.

Die Politik der Studentenschaft (Fachschaftsrat) der Biologen verharnte jedoch starr auf der immanenten Forderung nach Erweiterung der gebundenen Mittel. Dementsprechend konnte der Senat den Systematischen Ausbau des Fachbereichs Biologie weitertreiben.

Den Studenten war entgangen, daß die Wissenschaftspolitik in der BRD eine Umorientierung erfahren hatte, deren Folgen zusehends deutlicher wurden. Der steigende Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Fachkräften und technisch hochentwickelten Apparaturen für die Produktion geriet in Widerspruch zur alten Universitätsstruktur, die nicht in genügender Zahl und Zeit rentabel verwertbare Technokraten ausstoßen konnte. Zudem wurde es im Zuge einer Rationalisierung der Produktion nötig, die Produktionsstätten von Wissen zu zentrieren, d.h. in besonderen Großforschungsbereichen zusammenzufassen. Im Zuge dieser Entwicklung, verloren die "privaten" Forschungstätigkeiten der Ordinarien meist an Bedeutung; daher wurden ihre wissenschaftlichen "Spielwiesen" nicht mehr materiell gefördert -- die Aushungerung der unrentablen Universitätswissenschaft begann.

So entwickelt sich jetzt ein Kampf an zwei Fronten: einerseits bekämpfen die Studenten die staatlich forcierte Kapitalisierung der Universität, andererseits ringen die überflüssig gewordenen "Sonntagswissenschaftler" -- die Ordinarien -- um ihr Luxusbüro. Da verwundert es nicht, wenn jetzt die um ihre Existenz bangenden Professoren die "Kampferfahrere" Studentenschaft vor ihren Karren spannen; nach außen wird die "Einheitsfront" beschworen.

Da insbesondere die Studenten der Naturwissenschaften bisher unpolitisch waren, fielen große Teile der Studentenschaft auf diese Politik der Umarmung herein.

Ein Beispiel für diese Entwicklung konnten wir in diesen Tagen im Fachbereich Biologie beobachten:

23. Sept. 69: Der politische Senat erklärt, daß die 48 Millionen für das geplante Bio-Zentrum im Rahmen der Kostensteigerung für die IGA (die zum großen Teil auf dem Gelände des Botanischen Gartens errichtet wird) zurückgestellt werden.
13. Okt. 69: Der Fachschaftsrat im Einvernehmen mit dem Lehrkörper beschließt: "Aussetzung der Lehrveranstaltungen für den gesamten Fachbereich Biologie."
16. Okt. 69: Erstes Meeting, das auf allgemeine Informationsveranstaltung erweitert wurde. Die Studentenschaft erfährt zum ersten Mal öffentlich den Ausfall der Vorlesungen. Die Professoren treten von vornherein als die "Führer des Widerstandes" auf.
20. Okt. 69: Außerordentliche Vollversammlung der Biologen. Die Basisgruppe verteilt ein Paper mit ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen und versucht in den folgenden Diskussionen auf die Problematik der Situation hinzuweisen. Der FSR setzt dem keine Information entgegen. Professor Liffelund, Unterzeichner des Marburger Manifests und Direktor des Instituts für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft, das im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Meeresforschung tätig ist, sah sich gezwungen auf Grund der in dem Paper aufgestellten Forderung jedem Biologiestudenten jegliche Akteneinsicht zu gewähren.
22. Okt. 69: Ein Versuch von drei Basisgruppenmitgliedern, das Versprechen von Professor Liffelund einzulösen, scheiterte an den Bedenken der anwesenden Lehrkörper (z.B. wies man darauf hin, daß die Akten erst gesichtet werden müßten).
23. Okt. 69: Ordentliche Vollversammlung der Biologen. Durch die einleitenden Reden der Professoren -- insbesondere Liffelunds -- wurde der Eindruck erweckt, als sei durch die bisherigen Protestmaßnahmen (z.B. eine Informationskundgebung auf der Moorwäld, die sich an ca. 100 Personen sowie an in ca. 10 Mannschaftswagen herbeigefahren

rene Polizisten wandte) bereits ein Erfolg in Sicht.

Den Studenten erschien es jetzt nicht mehr nötig weiterführende Maßnahmen zu ergreifen, sondern vielmehr erleichtert beschlossen sie am folgenden Montag den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen.

In dieser Situation stießen die Versuche der Basisgruppe, die Entstehung von neuen Illusionen zu verhindern, auf eine Mauer von Vorurteilen und Emotionalität, die viele Studenten und Professoren gleichermaßen gegen sie richteten. Hinter dieser Fassade, unterstützt durch die manipulative Verhandlungsführung, läßt sich jedoch beobachten, daß sich Teile des FSR der Argumentation der Basisgruppe widerwillig anschlossen, der man keine inhaltliche Position entgegenhalten konnte.

Die Provinzpolitik der Biologen kann nur überwunden werden,

- wenn der Stellenwert, die die Biologie für die Interessen der Hochschulen hat, erkannt wird und zugleich Art und Quellen der Finanzierung aufgezeigt werden,
- wenn das im Zusammenhang gesehen wird mit der Situation z.B. der Mediziner (wo Ärztekammer bestimmt, wie groß der Bedarf an Medizinern ist) Pharmazeuten, etc.,
- wenn also mit den Basisgruppen anderer Fachbereiche zusammen eine weitgehende Analyse erstellt wird,
- wenn die scheinheilige Einheitsfront zwischen Lehrkörper und Studentenschaft aufgerissen wird; denn diese scheinbare Solidarität, die die Studenten integrieren soll in den technokratischen Domestikationsbetrieb der Universität, bevor die Studenten überhaupt ein Problembewußtsein entwickelt haben, wird in dem Moment von den Professoren verraten, wo die studentische Politik über die immanente Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen für Studenten und Professoren hinausgeht.

Was hier nicht geleistet wurde (und woran letztlich die Politik des FSR scheitert) war, daß grundsätzlich ein Anknüpfen an die vom Staat im Laufe der Entwicklung immer weniger beachteten Interessen der Professorenschaft taktisch ausgenutzt werden kann, um studentische Forderungen vor der Öffentlichkeit zu effektivieren. Der Ausgangspunkt für solch eine Bündnispolitik, die Widersprüche des Systems zu offenbaren, darf aber auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Wird die reformistische Linie der Bündnispartner hinderlich, wenn der Zielgruppe bewußt geworden ist, inwieweit hier die Interessen der Partner divergieren, muß die "Einheitsfront" radikal durchbrochen werden, wobei diese Spaltung wieder agitatorisch verwertbar ist.

(Basisgruppe Biologie)

## Schulungspraxis in China

Im Sommer 1964 begann eine Auseinandersetzung an einer Pekinger Parteihochschule über Fragen der Dialektik. Die Ansichten des Philosophie-Dozenten Yang Xian-zhen, ZK-Mitglied und Rektor dieser Schule, über Dialektik waren Gegenstand einer Ideologiekritik, die die Gefährlichkeit der praktischen Konsequenzen seiner Ansichten aufzeigte. Der Kern der Kritik war, daß die Ansichten von Yang Xian-zhen Verschleppung und Leugnung von Widersprüchen in der Praxis führen (vgl. Giovanni Blumer, Die chinesische Kulturrevolution 1965/67 Frankfurt 1968, S. 389 ff.).

Zwar wurde diese Debatte in einigen Zyklen geführt, ihr Charakter blieb dennoch rein akademisch, d.h. sie hatte keine praktischen Folgen. Die Parteiführung der KPCh erkannte den grundsätzlichen Charakter dieser Auseinandersetzung und initiierte daher eine Kampagne zur praktischen Anwendung des Gesetzes vom Widerspruch, der die Dinge innewohnt, des dialektischen Prinzips "Einstellt sich in zwei" im Gegensatz zum revisi-